

Protokoll:	Ausschuss für Wirtschaft und Wohnen des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart	Niederschrift Nr.	194
		TOP:	2
Verhandlung		Drucksache:	780/2021
		GZ:	WFB/T
Sitzungstermin:	03.12.2021		
Sitzungsart:	öffentlich		
Vorsitz:	BM Pätzold		
Berichterstattung:			
Protokollführung:	Frau Sabbagh / pö		
Betreff:	Neustrukturierung Areal Hauptfeuerwache 3 in S-Bad Cannstatt, 1. Bauabschnitt: Neubau Integrierte Leitstelle inkl. Stabsbereiche (Führungs- und Verwaltungsstab), Einsatzführungsdienst und Zentraler Verwaltung, Vorprojektbeschluss		

Vorgang: Ausschuss für Wirtschaft und Wohnen vom 12.11.2021, nicht öffentl., Nr. 176
 Ergebnis: einmütige Zustimmung
 Ausschuss für Stadtentwicklung und Technik v. 30.11.2021, öffentl., Nr. 410
 Verwaltungsausschuss vom 01.12.2021, öffentlich, Nr. 525
 jeweiliges Ergebnis: einstimmige Beschlussfassung unter Einbeziehung einer Ziffer 6 entsprechend dem interfraktionellen Antrag Nr. 1364/2021

Beratungsunterlage ist die Vorlage des Referats Wirtschaft, Finanzen und Beteiligungen vom 05.11.2021, GRDRs 780/2021, mit folgendem

Beschlussantrag:

1. Dem Neubauvorhaben der Integrierten Leitstelle inklusive Stabsbereichen (Führungsstab und Verwaltungsstab), Einsatzführungsdienst und Zentraler Verwaltung als Ersatz der bisherigen Integrierten Leitstelle (ILS), Mercedesstraße 33, in Stuttgart-Bad Cannstatt auf Basis des Raumprogramms vom 26.11.2020 (Anlage 2) mit Gesamtkosten auf Basis einer vom Hochbauamt ermittelten groben Kostenschätzung (Anlage 7) von 65.000.000 EUR wird zugestimmt.

In den Haushaltsjahren 2021 und 2022 stehen Planungsmittel in Höhe von jeweils 250.000 EUR (insgesamt 500.000 EUR) im THH 230 - Liegenschaftsamt, Projekt 7.233611 - Feuerwache 3, Bad Cannstatt, Neubau bereit. Der Mittelbedarf für die weitere Planung und Umsetzung in Höhe von 64.500.000 EUR sind zur Aufnahme in den Doppelhaushalt 2022/2023 angemeldet.

2. Vom Ergebnis der Machbarkeitsstudie zur Neustrukturierung des Areals der Hauptfeuerwache 3 in Stuttgart-Bad Cannstatt wird Kenntnis genommen.
3. Das Hochbauamt wird ermächtigt, Vergabeverfahren zur Ermittlung der Planer durchzuführen und alle erforderlichen Planungsleistungen bis einschließlich Leistungsphase 3 zu beauftragen. Dafür stehen Planungsmittel in Höhe von 500.000 EUR im THH 230 - Liegenschaftsamt, Projekt 7.233611 - Feuerwache 3, Bad Cannstatt, Neubau bereit. Die Ermächtigung für die darüber hinausgehenden Vergabeverfahren und Planungsleistungen stehen unter dem Vorbehalt der Mittelbereitstellung im Doppelhaushalt 2022/2023.
4. Das Hochbauamt wird vorbehaltlich der Mittelbereitstellung im Doppelhaushalt 2022/2023 ermächtigt, die notwendigen Abbruchmaßnahmen auf dem von der SSB zu erwerbenden 30 m-Streifen sowie die notwendigen Entflechtungs- und Erschließungsmaßnahmen als vorgezogene Baumaßnahmen durchzuführen, um den erforderlichen Fertigstellungstermin zu sichern.
5. Der durch die Planung und Umsetzung des Projekts unabweisbar entstehende Personalmehrbedarf bei der Branddirektion wird im Zuge der aktuell laufenden Fortschreibung des Feuerwehrbedarfsplans betrachtet und im Rahmen der Verabschiedung der vorläufigen Ergebnispräsentation entschieden.

Der interfraktionelle Antrag Nr. 1364/2021 vom 26.11.2021 liegt den Sitzungsteilnehmenden vor.

Die zu ergänzende **Beschlussantragsziffer 6** lautet wie folgt:

Die Verwaltung wird beauftragt, referatsübergreifend unter Federführung von Referat SOS baldmöglichst zu prüfen, wie das Terminrisiko beim Neubau der Integrierten Leitstelle zu minimieren ist; dabei sind insbesondere folgende Fragen zu beantworten:

- Wie kann die notwendige Überschreitung der heute am Standort gültigen Ortsbausatzung (Baustaffel) ermöglicht werden (z. B. durch ein beschleunigtes Bauverfahren oder dem Ausloten einer Befreiung über das heute vorgesehene Maß der Bebauung hinaus, etc.)?
- Wie kann eine möglichst kurze Bauzeit für die Umsetzung der Maßnahme erreicht werden?
- Wie kann der technische Support der heutigen ILS über das Jahr 2026 gesichert werden (z. B. Neuverhandlung)?

Die Ergebnisse dieser Prüfung sind so rasch wie möglich von Referat SOS den gemeinderätlichen Gremien mitzuteilen.

StR Currle (CDU) weist darauf hin, dass die ursprüngliche Fläche für die komplette neue Feuerwache nicht ausreiche. Überrascht nehme er zur Kenntnis, dass die bestehenden Gebäude aufgrund ihres Alters und Zustands nicht mehr saniert werden sollten. Seine Fraktion plädiere deshalb dafür, nachdem nun die Ausschreibung der Gewerbebauplätze Q16, Q17 und Q18 beschlossen worden sei, in unmittelbarer Nähe der aktuellen Feuerwache ein Gebiet von 4 bis 5 ha auszuweisen, in dem ohne Druck eine neue Feuerwache gebaut werden könnte. Nach deren Fertigstellung könnte dann die alte Feuerwache in das neue Gebäude umziehen. Die Grundstücke der alten Feuerwache könnten dann frei verkauft werden. Seine Fraktion bitte die Verwaltung um Prüfung dieser Möglichkeit.

Seine Fraktion wolle der Ausschreibung nicht im Wege stehen, betont StR Zaiß (FW), doch sollte die Feuerwehr prüfen, ob im Areal Q 16 bis 18 eine Werkstatt untergebracht werden könne.

BM Pätzold sagt zu, dies zu prüfen, gibt zugleich aber zu bedenken, dass dort ein neuer Bebauungsplan gelte, der Wohnen einschließe. Bei einer Feuerwache sei mit nicht unerheblichen Lärmemissionen zu rechnen. Von der Größe her komme seiner Ansicht nach nur Q16 infrage.

Herr Zügel (LiegA) ergänzt, die Ausschreibung Q16 bis 18 sei dringend notwendig, um einen Lärmschutz für den dahinter geplanten Wohnungsbau zu schaffen. Der Bebauungsplan solle Anfang 2022 beschlossen werden. Eine Unterbringung der Feuerwache auf diesem Areal würde eine Änderung des Bebauungsplans erforderlich machen. Problematisch sei auch die Erschließung, die nicht zur Benzstraße hingehe, sondern über die Hanna-Henning-Straße durch das Wohngebiet führe. Dies müsste geändert werden. Er erinnert an den Neubau der Feuerwache 5 in Möhringen, bei der es von den Anwohnern erhebliche Widerstände wegen des Lärms gegeben habe. Die Verwaltung werde die Anregung gerne prüfen, doch koste dies Zeit. Er weist explizit darauf hin, dass erst, wenn die Grundstücke Q16 und 17 ausgeschrieben und vergeben seien und klar sei, was gebaut werde, Baugenehmigungen für die dahinterliegende Wohnbaufläche erteilt würden.

StR Conzelmann (SPD) unterstreicht dies. Die komplette Feuerwache sollte angesichts der problematischen Zufahrt nicht an dieser Stelle angesiedelt werden, insbesondere da gerade die Zufahrt einen klaren Pluspunkt für den bisherigen Standort darstelle.

BM Pätzold erklärt, der Prüfauftrag liege nun vor. Gleichzeitig gingen die anderen Dinge auf den Weg und würden nicht behindert. Die Grundstücke würden nun ausgeschrieben. Anschließend lege die Verwaltung dem Gemeinderat Angebote zur Entscheidung vor. Bis dahin werde die Verwaltung berichten. Er stellt abschließend fest:

Der Ausschuss für Wirtschaft und Wohnen beschließt den um die Ziffer 6 ergänzten Beschlussantrag einstimmig.

Zur Beurkundung

Sabbagh / pö

Verteiler:

- I. Referat WFB
zur Weiterbehandlung
Stadtkämmerei (2)
Liegenschaftsamt (2)

- II. nachrichtlich an:
 1. Herrn Oberbürgermeister
 2. S/OB
 3. Referat SOS
Branddirektion (2)
 4. Referat T
Hochbauamt (2)
 5. Rechnungsprüfungsamt
 6. L/OB-K
 7. Hauptaktei

- III.
 1. Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
 2. CDU-Fraktion
 3. SPD-Fraktion
 4. Fraktionsgemeinschaft Die FrAKTION
LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
 5. FDP-Fraktion
 6. Fraktionsgemeinschaft PULS
 7. Fraktion FW
 8. AfD-Fraktion